

## Analyse häuslicher Gewalt

### Verbreitetes Übel - komplexe Ursachen

*Bern, 14. Mai. (sda)* In der Schweiz wird jede zehnte Frau im Laufe ihres Erwachsenenlebens Opfer von häuslicher Gewalt. An den Folgen von Gewalt eines Partners starben zwischen 2001 und 2004 pro Jahr 22 Frauen und 4 Männer. Physische, sexuelle und psychische Gewalt in Paarbeziehungen sei «ein verbreitetes Phänomen», erklärte Patricia Schulz, Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, am Donnerstag vor den Medien.

Eine Studie, die wegen eines Postulats von Nationalrätin Doris Stump (ap., Aargau) in Auftrag gegeben und vom Bundesrat am Mittwoch verabschiedet worden war, liefert erstmals eine Übersicht der Ursachen von Gewalt in Paarbeziehungen. Wie die Studienleiterin Marianne Schär Moser erklärte, spielen immer zahlreiche individuelle und gesellschaftliche Risikofaktoren zusammen. So stünden etwa Gewalt in der Kindheit, erhöhter Alkoholkonsum sowie antisoziales oder kriminelles Verhalten in deutlichem Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Aber auch ein Machtgefälle zwischen Partner und Partnerin, fehlende Strategien zur Konfliktbewältigung sowie Stresssituationen wie Schwangerschaft, Geburt, Trennung, Arbeitslosigkeit und soziale Isolation spielten eine Rolle.

Nur ein Bruchteil der Fälle wird polizeilich aktenkundig. Nach der Opferhilfestatistik geht es in mehr als der Hälfte der Beratungsfälle um häusliche Gewalt, wobei drei Viertel der Ratsuchenden Frauen sind. Noch weniger erforscht ist die Gewalt von Frauen gegen Männer.

Gesetzlich ist häusliche Gewalt seit 2004 ein Officialdelikt und wird damit von Amtes wegen verfolgt. Seit 2007 gilt zudem die neue Gewaltschutznorm im Zivilgesetzbuch. Klagende können so zum Beispiel ein Kontaktverbot oder die Wegweisung einer Person beantragen. Daneben haben viele Kantone gesetzgeberische Massnahmen getroffen und Fach- und Koordinationsstellen sowie Beratungsangebote aufgebaut.

Der Bundesrat will nicht nur die rechtlichen Grundlagen für die Eindämmung häuslicher Gewalt konsequent umsetzen. Weitere Studien sollen etwa den volkswirtschaftlichen Kosten gelten. Zudem prüft der Bund zusätzliche Informations- und Präventionsmassnahmen.